

Stand: 07.02.2026 22:30:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18684

"Gemeinsam Nordbayern voranbringen. Regionale Zusammenarbeit unterstützen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18684 vom 19.10.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19586 des KI vom 05.12.2017
3. Beschluss des Plenums 17/20403 vom 25.01.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld, Dr. Christoph Rabenstein, Reinhold Strobl, Annette Karl SPD**

**Gemeinsam Nordbayern voranbringen.
Regionale Zusammenarbeit unterstützen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Erstellung eines wissenschaftlichen Gutachtens über die Herausforderungen und Perspektiven der Daseinsvorsorge in den Planungsregionen Oberfranken-Ost und Oberpfalz-Nord finanziell zu unterstützen und im Entwurf des Nachtragshaushalts 2018 entsprechend zu berücksichtigen.

Begründung:

Trotz positiver Entwicklungen in den letzten zehn Jahren stellt die Bewältigung der Folgen des ökonomischen Strukturwandels und der damit einhergehenden demografischen Entwicklung nach wie vor eine große Herausforderung für die Kommunen der Planungsregionen Oberfranken-Ost und Oberpfalz-Nord dar.

Gerade die Aufrechterhaltung der öffentlichen und kommunalen Daseinsvorsorge – von der Nahversorgung über die medizinische Versorgung bis hin zum öffentlichen Personennahverkehr und öffentlichen Einrichtungen wie Schule oder Freibad – kommt angesichts klammer Kassen und des demografischen Wandels einer Herkulesaufgabe für die Städte und Gemeinden in den Regionen gleich.

Diese zu meistern gelingt nur, wenn strukturiert und effizient gemeinsam in interkommunalen Zusammenhängen Lösungen entwickelt werden. Genau diesen erfolgsversprechenden Weg möchten die beiden Planungsregionen Oberfranken-Ost und Oberpfalz-Nord beschreiten. Gemeinsam wollen sie ein wissenschaftliches Gutachten erstellen lassen, um auf Grundlage einer belastbaren Analyse Versorgungslücken und Engpässe rechtzeitig zu identifizieren, priorisieren und beheben zu können. Die Erstellung einer entsprechenden Studie ist – wenn diese inhaltlich valide und praxisorientiert sein soll – mit Kosten im niedrigen sechsstelligen Bereich verbunden.

Damit dieses modellhafte Vorhaben in die Tat umgesetzt werden kann, bedarf es der finanziellen Unterstützung des Freistaates. Entsprechende Mittel sind deshalb bei der Aufstellung des Nachtragshaushalts 2018 zu berücksichtigen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures,
Susann Biedefeld u.a. SPD
Drs. 17/18684**

Gemeinsam Nordbayern voranbringen. Regionale Zusammenarbeit unterstützen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

**Klaus Adelt
Ludwig Freiherr von Lerchenfeld**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 8. November 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: 8 Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 175. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld, Dr. Christoph Rabenstein, Reinhold Strobl, Annette Karl**
SPD

Drs. 17/18684, 17/19586

**Gemeinsam Nordbayern voranbringen.
Regionale Zusammenarbeit unterstützen!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 1 der Anlage zur Tagesordnung. Das ist der Antrag der SPD betreffend "Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!" auf Drucksache 17/17180, der auf Wunsch der Fraktion gesondert beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuseigen. – Keine Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!
Drs. 17/17180, 17/19745 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

2. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)
Ländlichen Raum stärken – LEADER-Kürzung zurücknehmen
Drs. 17/17304, 17/19591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln
Drs. 17/17480, 17/19601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 I:
Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis
Drs. 17/17790, 17/19484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw.
Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung
Drs. 17/17791, 17/19485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung
und Senkung der Mindestarbeiterinnen- bzw. Mindestarbeiterzahl
Drs. 17/17792, 17/19486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds
hin zum Transformationskurzarbeitergeld
Drs. 17/17793, 17/19487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 V: Teamzeit als reguläre Arbeitszeit
Drs. 17/17794, 17/19488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 VI: Berufliche Weiterbildung stärker fokussieren
Drs. 17/17795, 17/19489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD
Bayerisches Polizei-Logistikzentrum:
Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten
Drs. 17/18367, 17/19585 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD
Gemeinsam Nordbayern voranbringen. Regionale Zusammenarbeit unterstützen!
Drs. 17/18684, 17/19586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränlein, Harald Güller,
Günther Knoblauch u. a. SPD
Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen
Drs. 17/18222, 17/19475

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären